

FROHE OSTERN

Es ist vollbracht: Die Tage sind wieder lang, die Gasreserven haben uns über den Winter gebracht: Der Frühling ist da. Gut, das Reisen ist teuer wie selten zuvor, die Inflation nach wie vor hoch und auch im Streit um den TVöD gab es bislang keine Einigung. Doch darum kümmern wir uns nach Ostern. Ihnen allen zunächst ein paar sorgenfreie Tage und ein friedliches Fest. Schließlich kann man sich nicht pausenlos ärgern lassen.

Kontinuität beim dbb Mittelhessen



Der dbb Bezirksverband Mittelhessen setzt auf Kontinuität. Bei der Bezirksvertreterversammlung in Berghausen wurde der Vorsitzende **Siegfried Urbanek** (Berghausen) von den 40 Delegierten im Amt bestätigt. Ebenso mit großer Mehrheit wurden die beiden Stellvertreter, **Jürgen Noll** DAAV und **Mario Schneider** (DSTG) in ihren Ämtern bestätigt.

Ein neues Gesicht gibt es indes auf dem Posten des Schatzmeisters, weil der bisherige Amtsinhaber, **Gerhard Dennes** (KOMBA) nach 16 Jahren nicht mehr kandidieren wollte. Sein Nachfolger wird **Thilo Fischer** von der Steuergewerkschaft DSTG.

Ebenfalls wiedergewählt wurde Seniorenvertreter **Heinz-Georg Assmann** (DJG) und Frauenvertreterin **Bianca Stolle-Nanke** (vbba). Schriftführerin **Ursula Lauer** (KOMBA) hatte eigentlich ebenfalls ihr Amt gerne abgegeben. Doch es fand sich kein Nachfolger, weshalb sie nun kommissarisch das Amt weiter betreuen wird. Neue Beisitzer sind **Hartmut Naumann** (KOMBA), **Gustav Smolinka** (KOMBA), **Erwin Schubert** (BDZ) und **Volker Dietz** (VDStra). Komplettiert wird der Vorstand durch die Kassenprüferinnen **Sybille Hutterer** (glb) und **Lisa Völkel** (VLB).

Es war ein Beleg für die Wertschätzung der Arbeit des dbb Mittelhessens, dass so viele Ehrengäste der Einladung nach Berghausen gefolgt waren. **Regierungspräsident Dr. Christoph Ulrich** mahnte davor, den öffentlichen Dienst schlechter zu sehen als er ist. „Wir haben kein Demokratieversagen“, sagt er. Der öffentliche Dienst habe funktioniert, als er gebraucht wurde und Flexibilität und Einsatzbereitschaft an den Tag gelegt, etwa bei der Vergabe der Coronahilfen oder bei der Verteilung und Betreuung der vielen Flüchtlinge. Mit Blick auf die erfolglos verlaufene dritte Verhandlungsrunde in der aktuellen Tarifrunde mahnte er: „Wir brauchen gute Arbeitsbedingungen für gute Arbeit.“

Die Wichtigkeit gewerkschaftlichen Tuns unterstrichen auch die vier Landtagsabgeordneten, die nach Berghausen gekommen waren: **Jörg Michael Müller** und **Frank Steinraths** (beide CDU), **Hermann Schaus** (Linke) und **Matthias Büger** (FDP). Zur Tarifrunde sagte Hermann Schaus: „Es darf nicht sein, dass der Tarifabschluss unter der Preissteigerung liegt.“ Mit Blick auf die noch immer verfassungswidrige Alimentation der Landesbeamten versprach Matthias Büger: Sollte die FDP an der nächsten

Landesregierung beteiligt sein, werde sie „selbstverständlich den verfassungsmäßigen Zustand sofort herstellen“. Denn: „Für die Einhaltung der Verfassung muss Geld da sein.“

Die Alimentation war auch eines der Themen, das der **dbb Landesvorsitzende Heini Schmitt** vorstellte. Schmitt war am Abend zuvor noch in Potsdam bei den Tarifverhandlungen gewesen und berichtete den Delegierten die Sicht des dbb. „Wer die Nachrichten hört könnte auf die Idee kommen, dass die Gewerkschaften überziehen“, sagte er mit Blick auf das Angebot der Arbeitgeberseite, das die Gewerkschaften angeblich ausgeschlagen hätten, aber: „Es gibt kein Papier, auf dem ein konkretes neues Angebot unterbreitet worden wäre.“

Nach wie vor fordern der dbb und verdi 10,5 Prozent, mindestens jedoch 500 Euro für ein Jahr. Das letzte vorliegende Angebot der Arbeitgeberseite lautet jedoch: 5 Prozent und eine Einmalzahlung von 2500 Euro für eine Laufzeit von 27 Monaten. „Man sieht gleich, dass da die Vorstellungen relativ weit auseinander liegen“, sagte Schmitt. „Deshalb ist es nachvollziehbar, dass beide Gewerkschaften die Verhandlungen einstimmig als gescheitert erklärten“, so Schmitt. „Es gab gar keine andere Lösung.“ Nun gibt es eine Schlichtungsrunde. Gäbe es dort wieder keine Einigung, käme es zur Urabstimmung und möglicherweise zu weiteren Streiks. Über Mobilisierungsprobleme in diesem Falle denkt Schmitt nicht nach. „Der Zusammenhalt ist im Zuge der Verhandlungen sehr viel stärker geworden“, sagte er mit Blick auf die Solidarität, die die Streikenden auch aus großen Teilen der Beamtenschaft und Versorgungsempfänger erfahren.

Über weitere aktuelle Themen und Entwicklungen in Sachen Tarifangelegenheiten informierte der Vorsitzende des hessischen Tarifausschusses, **Heinrich Roßkopf**, der auch bei der Wahl des Vorstands die Wahlleitung übernahm.

Aßlars **Bürgermeister Christian Schwarz**, gelernter Polizist und ebenfalls früherer Gewerkschafter, freute sich Gastgeber der Bezirksvertretertags sein zu können. „Dankeschön für ihren Einsatz“, gab er den Gewerkschaftern mit auf den Weg.

Tarifunion: Warnstreik in Fulda war großes Zeichen der Solidarität

Mehr rund 1000 Tarifangestellte aus Hessen -und damit noch einmal deutlich mehr als beim ersten Warnstreik Anfang Februar-, allen voran der Komba, des vbbd, der VdStra, BVBL, DPoIG, DJG, waren am 17. März nach Fulda gereist, um sich am dortigen Warnstreik zu beteiligen, den die Komba organisiert hatte.

Auffällig auch: Nicht nur Tarifbeschäftigte nahmen an dem Warnstreik teil. Auch Beamte, die sich eigens Urlaub genommen hatten und Versorgungsempfänger zeigten ihre Solidarität in der aktuellen Tarifrunde. „Überragend!“ fand deshalb auch der



Landesvorsitzende der Komba, **Richard Thonius**, die in Fulda traditionell stark vertreten ist. Beeindruckt waren auch der dbb Landesvorsitzende **Heini Schmitt**, nach Fulda gekommen war und der Vorsitzende des hessischen Tarifausschusses, **Heinrich Roßkopf**: „Das war ein ganz starkes Zeichen der Solidarität.“ Offenbar ist bei den Menschen angekommen, dass man nur in möglichst großer Zahl und mit persönlichem Einsatz Ziele erreichen kann. Wie zäh und umkämpft die Tarifverhandlungen laufen, zeigt die

unten stehende Reaktion des dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach auf die abgelaufene dritte Verhandlungsrunde. Auch die Vorsitzende der Bundesfrauenvertretung, **Milanie Kreutz** nutzte eine Tagung der dbb Frauenvertretung Bund in Fulda, um sich an die Streikenden zu wenden.

Deutschlandticket kommt

Nach dem großen Erfolg des 9-Euro-Tickets im vorigen Jahr kommt nun zum 1. Mai ein Nachfolger: das Deutschlandticket. Für Angestellte, die viel den öffentlichen Nahverkehr nutzen oder bereits über ein Jobticket verfügen, kann dies eine günstigere Alternative sein. Zum Vergleich: Aktuell kostet ein Monatsticket des RMV für Frankfurt rund 80 Euro.

Das Ticket soll in allen öffentlichen Nahverkehrsmitteln in Deutschland gelten, also im Bahn-Regionalverkehr, in Bussen, Straßenbahnen, U- und S-Bahnen. Nicht enthalten sind Fernbusse und Fernzüge - wie ICE, EC und IC der Deutschen Bahn oder anderer Anbieter.

Das Ticket kann über die Internetseiten oder Apps der Verkehrsunternehmen, über die Vertriebskanäle der Deutschen Bahn und deren Kundenzentren sowie über die Deutschlandticket-App direkt erworben werden.

Das Ticket soll grundsätzlich digital angeboten werden, also per Smartphone-App. Es soll zudem auch eine Chipkarte geben - und zunächst auch in ausgedruckter Form akzeptiert werden. Das Ticket ist personengebunden, also nicht übertragbar. Allerdings darf, zumindest im Gebiet des RMV ein Rad oder ein Hund kostenlos mitgenommen werden.

Was passiert mit bereits bestehenden Abo-Verträgen?

Viele Verkehrsunternehmen und -verbände weisen bereits darauf hin, dass Abo-Verträge mit Laufzeiten über den 1. Mai hinaus dann auf das 49-Euro-Ticket umgestellt werden können. Teils soll dies automatisch geschehen, teils müssen Fahrgäste dafür selbst aktiv werden.

Gibt es Zusatzangebote?

Eine Verknüpfung mit verbilligten Jobtickets ist geplant. Zudem wird regional diskutiert, ergänzend oder alternativ zum 49-Euro-Ticket, Vergünstigungen für Schülerinnen und Schüler, Studierende und für Menschen, die Sozialleistungen erhalten, anzubieten. Auch zusätzliche Fahrrad-Monatskarten werden erwogen.

Weitere Infos zum Ticket:

https://sites.rmv.de/de/deutschlandticket?qclid=Cj0KCQjwla-hBhD7ARIsAM9tQKuWMNTJwNBcOwT_IoBbOZneJllrwQlJqv6RB8g3KIKewhvr3n_Z0BAaAoLaEALw_wcB

Tarifunion: Keine Bewegung, dritte Tarifrunde gescheitert

„Die Arbeitgebenden haben es nicht verstanden“, sagte dbb Chef Ulrich Silberbach nach dem Abbruch der dritten Verhandlungsrunde mit Bund und Kommunen am 30. März 2023 in Potsdam.

„Bund und Kommunen respektieren die Sorgen und Nöte ihrer Beschäftigten nicht. Und sie schätzen Frustration und Entschlossenheit der Kolleginnen und Kollegen falsch ein. Nur so ist zu erklären, dass sie uns hier wieder kein wirklich verbessertes Angebot vorgelegt haben. Das war zu wenig Bewegung in den wichtigen materiellen Fragen. Wir müssen Reallohnverluste verhindern und brauchen einen nachhaltigen Inflationsausgleich. Das war von Anfang an klar. Nach jetzigem Stand der Dinge sind die Arbeitgebenden dazu nicht bereit. Die Verhandlungen sind damit gescheitert. Jetzt stehen Schlichtung oder Urabstimmung und Vollstreik im Raum. Wir haben in den letzten Wochen gezeigt, dass wir kampfbereit sind, wenn es sein muss“, machte Silberbach deutlich.

Sollte es zum Vollstreik kommen, seien hierfür allein der Bund und die kommunalen Arbeitgebenden verantwortlich. Silberbach: „Wir haben in den Verhandlungen viele Runden gedreht und sind überhaupt nicht vorangekommen. Also müssen wir jetzt den Druck nochmal erhöhen und die Urabstimmung einleiten. Wenn Bund und Kommunen die Schlichtung anrufen, werden wir uns natürlich konstruktiv beteiligen. Wenn nicht, kann es ab Ende April überall im Land zu umfassenden Streikmaßnahmen im öffentlichen Dienst kommen. Ich bin überzeugt, der Ärger der Kolleginnen und Kollegen über die Ignoranz der Arbeitgebenden wird zu einer hohen Beteiligung bei der Urabstimmung und zu einer großen Streikbereitschaft führen. Leidtragende sind alle – Beschäftigte genauso wie Bürgerinnen und Bürger.“

Hintergrund:

Vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) sind insgesamt über 2,5 Millionen Beschäftigte direkt oder indirekt betroffen: Fast 1,6 Millionen Arbeitnehmende des Bundes und der Kommunen und weiterer Bereiche, für die der TVöD direkte Auswirkungen hat, sowie Auszubildende (6.350 beim Bund, 56.300 bei den Kommunen), Praktikantinnen und Praktikanten sowie Studierende in ausbildungsintegrierten dualen Studiengängen und auch knapp 190.000 Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte, Anwärterinnen und Anwärter (16.885 beim Bund) sowie über 500.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger beim Bund, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. Mittelbar hat die Einkommensrunde auch Auswirkungen für weitere Bereiche des öffentlichen Dienstes (bspw. Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Rentenversicherung).

Anmelden in unseren Presseverteiler

Sie sind Pressevertreter und wollen immer direkt unsere Pressemitteilungen und auch die dbb Nachrichten in Ihren Maileingang bekommen? Kein Problem: Schicken Sie uns einfach eine Mail mit dem **Betreff** „**Presseverteiler**“ mit dem Hinweis, für welches Medium Sie tätig sind, an folgende Mailadresse: presse@dbbhessen.de

Beamtenanwärterinnen und -anwärter rechtzeitig Beihilfeantrag einreichen

Mit Inkrafttreten des 3. Dienstrechtsänderungsgesetzes (DRÄndG) wurden die Beihilfebemessungssätze für alle Beamtenanwärterinnen und -anwärter auf 70 Prozent angehoben. (§ 15 Abs. 1 Satz 3 HBeihVO).

Anwärterinnen und Anwärter sollten deshalb darauf achten, Beihilfeanträge rechtzeitig einzureichen. Denn nach wie vor ist das Datum des Antrags für die beihilferechtlichen Verhältnisse, also auch für die Bemessungssätze maßgeblich.

Mitglied in Fachgewerkschaft und dem dbb werden

 | Mitgliedschaft & Service

Online-Beitritt

Sie möchten Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion werden?

Kein Problem! Schicken Sie einfach folgende Angaben an uns. Wir leiten alles Weitere für Sie in die Wege.

Die mit * gekennzeichneten Felder sind Pflichtfelder

Persönliche und dienstliche Angaben

Vorname*	Nachname*
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße und Hausnummer*	
<input type="text"/>	
PLZ*	Wohnort*
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Geburtsdatum*	E-Mail*
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Dienststelle*	Arbeitgeber*
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Beschäftigt als*	
<input type="text" value="Bitte wählen Sie"/>	

Sieben gute Gründe für eine Mitgliedschaft
Als Mitglied einer dbb-Gewerkschaft...

...werden Ihre Interessen von einer durchsetzungsstarken Solidargemeinschaft mit 1,3 Millionen Mitgliedern wirksam vertreten.
...können Sie selbst im Kreis interessierter Kolleginnen und Kollegen Ihren Teil an einer zukunftsfähigen Gestaltung des öffentlichen Dienstes beitragen.
...werden Sie in allen berufsspezifischen Fragen und über jede Entwicklung im öffentlichen Dienst bestens informiert.
...ist Ihnen Unterstützung in beamtenrechtlichen und tarifvertraglichen Fragen sicher.
...genießen Sie

Rechtsschutz in beruflichen Rechtsstreitigkeiten.

...stehen Ihnen viele Vorteilsangebote starker Partner offen.

...können Sie auf das breitgefächerte Schulungsangebot der **dbb akademie** zurückgreifen.

Wie werde ich Mitglied?

Der dbb ist eine Spitzenorganisation, die aus Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors besteht. Mitglied wird man deshalb nicht beim dbb unmittelbar, sondern bei der für den Dienst- bzw. Arbeitsbereich zuständigen Fachgewerkschaft.

Wie viel Mitgliedsbeitrag muss ich zahlen?

Diese oft gestellte Frage kann nur von den Fachgewerkschaften beantwortet werden, denn sie erheben die Mitgliedsbeiträge und nicht die Spitzenorganisation. Die Mitgliedsgewerkschaften sind neben allen berufspolitischen Fachfragen u.a. auch für die Gewährung von Rechts- und Versicherungsschutz zuständig. Das oben stehende Online-Beitrittsformular finden Sie unter:

<https://www.dbb-hessen.de/mitgliedschaft/online-beitritt/>

Umgang mit dem neuen HPVG am 13., 14. oder 15. Juni 2023

Der dbb Hessen bietet seinen Mitgliedverbänden und deren Mitgliedern die Möglichkeit, an drei Terminen (13., 14. oder 15. Juni) ein Seminar zum Umgang mit dem neuen HPVG teilzunehmen. Referent wird Herr

Helmuth Wolf sein, Autor und Dozent, ehemals wissenschaftlicher Mitarbeiter der dbb akademie für das Thema Personalvertretungsrecht.

Die Veranstaltung wird als Präsenzveranstaltung in der Geschäftsstelle des dbb Hessen durchgeführt; Seminarbeginn ist an allen Tagen jeweils um 10 Uhr, Ende um 17 Uhr.

Die Kosten betragen je Teilnehmer 160 Euro Die Kosten sind für Personalräte von der Dienststelle zu tragen. Anmeldeformulare für die Anmeldung können von der Homepage heruntergeladen werden:

<https://www.dbb-hessen.de/service/seminare/>

dbb Nachrichten jetzt direkt auf den eigenen Rechner

Die dbb Nachrichten können Sie nun auch direkt auf den eigenen Rechner und die eigene Mailadresse beziehen. Einfach eine Mail mit dem Betreff „Nachrichten“, der Mailadresse und Vor- sowie Nachnamen an presse@dbbhessen.de senden – und ab der nächsten Ausgabe kommen die Nachrichten kostenlos frei Haus.

Neue Auflage des Seniorenratgebers jetzt bestellen!

Der Seniorenratgeber des wurde überarbeitet und erweitert und erscheint nun in vierter Auflage. So finden sich in der aktuellsten Ausgabe neben den bewährten der Broschüre die Kapitel Versorgungsempfänger und Hess. Beihilfenrecht sowie Anwendung des Disziplinarrechts auf RuhestandsbeamtInnen.

Die rund 50 Seiten starke Broschüre kann nun wieder gegen eine Schutzgebühr von 4,80 Euro (inkl. Versandkosten) über die Geschäftsstelle des dbb Hessen bezogen werden.

Impressum

V.i.S.d.P.: dbb Hessen, Andreas Nöthen (Pressesprecher), Europa-Allee 103 (Praedium), 60486 Frankfurt

Mail: presse@dbb-hessen.de.

Aktuelle Nachrichten auch immer via Twitter: <https://twitter.com/dbbhessen> Folgen Sie uns! Sie finden den dbb Hessen auch in den sozialen Netzwerken Instagram und Facebook. Auch dort ist jeder neue Follower und jedes Like willkommen!



dbb
vorteilswelt



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah